Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 9,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 664, 665, 1580, 1582, 1583
Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Amt Lützow 1902, 3248, 3304
Postscheckkonto: Berlin 25 423.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anlagen sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 55. [58. Jahrgang.] Montag 3. Februar 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 55.

Waffenstillstand in Bremen.

Eigene Drahtmeldung.

Bremen, 2. Februar.

Zwischen der Division Gerstenberg und der Regierung von Bremen ist bis Sonntag nacht 12 Uhr Waffenstillstand beschlossen. Inzwischen werden mit Berlin Verhandlungen gepflogen.

Am Sonntagmorgen war die Lage in Bremen unverändert ruhig.

Das Ergebnis der am 2. Februar 3 Uhr morgens stattgefundenen Verhandlungen zwischen Bremer Volksvertretern, Vertretern des Bremer Soldatenrats und der Bremer Mehrheitssozialisten, Vertretern der Division Gerstenberg, Vertretern des Obersten Soldatenrats Groß-Hamburg, des Arbeiter- und Soldatenrats Oldenburg und des Korpssoldatenrats des 9. Armeekorps unter dem Vorsitz des Genossen Lamp'l, 1. Vorsitzenden des Obersten Soldatenrats Groß-Hamburg gestaltet sich folgendermaßen:

Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps, alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag erstlich erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzuzug von außen nach Bremen erfolgt. Die Genossen Rusch (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg), Wrede (Siebener-Ausschuß Groß Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht. Genosse Lamp'l vom Zentralrat und Leutnant von Priebelwitz (letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Aktenmäßen der Reichsregierung.

Leutnant von Priebelwitz telegraphierte an Volksbeauftragten in Berlin: „Sehe die Möglichkeit von Verhandlungen. Blutvergießen sei Einzug der Division in Bremen ist unvermeidlich. Kenne über Hamburg schnellstmöglich nach Berlin. Hoffe, daß Sonntag abend dort eintreffe. Jeder Zeitverlust von unabsehbaren Folgen. Auf Durchreise in Bremen."

Bei einem Zusammenstoß einer Bremer Patrouille mit vorgeschobenen Posten der Division Gerstenberg gab es heute nacht einen Toten und zwei Schwerverwundete auf seiten der Bremer. In einer gestrigen Versammlung der Weserwerftarbeiter entspann auf die Befragung, ob die Arbeiter bereit seien, unter den in den Verhandlungen von Bremen aus formulierten Bedingungen ihre Waffen abzugeben, keine klare Stellungnahme der Arbeiter, dagegen fand die Frage, ob die Arbeiter gegebenenfalls sich bewaffnen und gegen die Regierungstruppen dem 9. Armeekorps sich anschließen wollen, allgemeine Zustimmung. Der Kommandant Wegener von der Sicherheitswache der Aktien-Gesellschaft „Weser" erklärte schließlich, die Arbeiter würden die Waffen nicht eher abgeben, bis Noske und seine Weiße Garde vernichtet seien.

Ein gefangener Gerstenberger soll von Dienstverweigerungen in der Division Gerstenberg, die von einer Seite auf 10 000 Mann, von anderer Seite auf 20 000 Mann geschätzt wird, berichtet haben. Das 10. Armeekorps hat sich beschwert, daß Kohlentransporte für Hannover in Bremen zurückgehalten worden seien und beschlossen, am Sonntag den fälligen Viehtransport nach Bremen zurückzuhalten. In Bremerhaven sind Maßnahmen gegen die Weiße Garde getroffen und Hilfe für Bremen bereitgestellt. Der große Arbeiterrat in Hamburg erklärte sich gestern mit 250 gegen 206 Stimmen mit der Bremer Arbeiterschaft solidarisch. Die Hamburger Arbeiterschaft beschloß sofortige Bewaffnung des Proletariats, falls die Division Gerstenberg in Bremen einrückt. Henke erklärte in der gestrigen Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzung, die Leitung der Division bestehe absolut auf ihrem Schein. Die gestrigen Arbeiterversammlungen der größeren Bremer Betriebe erklärten sich in wesentlichen einverstanden, daß die Waffen an die 7er abgeliefert werden und die 7er den Sicherheitsdienst in der Stadt übernehmen. Noch Henke sollen auch die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft „Weser" mit denen der Akademie und der Hansa-Akademie dem zum größten Teil zugestimmt haben. Der Kommunist Mantler erklärte, unter den gegebenen Umständen könne man die Verantwortung für ein Blutbad nicht übernehmen. Man solle die Waffen abliefern und den Mehrheitssozialisten die Hand reichen.

* * *

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt mit:

Die Brigade der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ist vor Bremen eingetroffen und hat Quartier bezogen. In Verden wird mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Bremen, Oldenburg, Hamburg und des 9. Armee-Oberkommandos verhandelt. Die neue Bremer Regierung ist für scharfes Vorgehen. Es ist noch nicht klar festgestellt, ob die durch die angeblich gestellte Anfrage vom 31. Januar zu bewaffnetem Widerstand aufgeforderten Spartakisten Bremens tatsächlich Widerstand leisten werden. Es ist bekannt, daß die Werften usw. mit Maschinengewehren und Geschützen besetzt sind; auch werden dort Schanzarbeiten ausgeführt.

Ein Verfahren gegen Admiral Jasper?

B. S. Der Zentralrat der Marine erhebt gegen den früheren Kommandeur der II. Marine-Division Admiral Jasper, Anklage und hat bei der Regierung die sofortige Verhaftung des in Baden-Baden weilenden Admirals verlangt, weil er im Oktober 1918 in Maldeghem in Belgien den Unteroffizier Neubert erschossen habe, da dieser den Admiral nicht gegrüßt hat.

Russlands Forderungen an den Verband.

Die Antwort auf die Pariser Einladung.

Direkter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

A. Paris, 2. Februar.

Die, wie gestern gemeldet wurde, in Paris eingetroffene Antwort der Sowjetregierung auf den Vorschlag der Alliertenkonferenz, die Zusammenkunft der verschiedenen russischen Regierungen mit Vertretern der Großmächte auf den Prinzeninseln abzuhalten, wird nun vom „Populaire" mitgeteilt. Tschitscherin gibt keinen endgültigen Bescheid auf die Pariser Einladung, sondern fragt seinerseits an, ob die Entente geneigt sei, ihre Truppen aus Rußland zurückzuziehen, die Blockade aufzuheben und den sowjetfeindlichen Parteien ihre Unterstützung zu entziehen. Er fragt ferner, ob die Konferenz auf den Prinzeninseln nur für die auf Grund nationaler Autonomiebestrebungen gebildeten russischen Regierungen gelte, oder auch für die, die auf reinpolitischem Boden den Kampf gegen die Sowjets führen, so daß bei der Erörterung das von den Sowjets im September letzten Jahres vorgeschlagene Programm zugrunde gelegt werden könne, und schließlich, ob die Alliierten nicht geneigt wären, unter Umständen auch einen anderen Konferenzort, etwa Holland oder Skandinavien, anzunehmen. Pichon erklärte der sozialistischen Delegation, die bei ihm erschienen war, er werde die russischen Fragen an die Alliertenkonferenz weiterleiten, lehnte es jedoch im übrigen ab, die gestellten Fragen positiv zu beantworten, ebenso wie er auch das Ersuchen der Abordnung, Tschitscherin funkentelegraphisch den Empfang seiner Note zu bestätigen, abschlug.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 2. Februar. (Havas.) Amtlich. Die Vertreter der Großmächte sind gestern um 3 Uhr nachmittags zusammengetreten. Die Konferenz billigte den Wortlaut des vorläufigen Ausgleichs zwischen den Tschechen und Polen, wie er dem Delegierten der Mächte in bezug auf das Teschener Gebiet vorgeschlagen war. Die Anweisungen der interalliierten Kommission, die sich nach Polen begeben soll, wurden gleichfalls festgelegt und endgültig angenommen. Darauf wurden die Abgesandten Rumäniens, Bratianus und Misius, eingeführt; Bratianu teate eingehend die rumänischen Ansprüche dar. Die nächste Zusammenkunft der alliierten Vertreter wird am Montag, den 3. Februar, um 11 Uhr, stattfinden.

*

Paris, 1. Februar. (Reuter.) Wie verlautet, beschloß der Oberste Rat, den mit Rumänien abgeschlossenen Geheimvertrag, in welchem diesem das Banat und Temesvar zugesagt wurde, aufzuheben.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen.

Tagung der Untersuchungskommission.

Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland hielt am Freitag, 31. Januar, im Reichsmilitärgericht ihre erste öffentliche Sitzung ab. Die Sitzung wurde durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden, Professor Schücking, eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß das Material der Westmächte sich mehr zunehmen werde, weil Deutschland, entsprechend den übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen, sämtliche Kriegsgefangenen der Entente zurückgegeben habe. Dies sei nicht geschehen ohne ein Gefühl der Bitterkeit, daß unsere Gefangenen immer noch in Feindesland seien. Deutschland sei mit der Errichtung dieser Kommission den anderen Staaten vorangegangen. Die Vertreter der Schutzmächte würden sich davon überzeugen können, daß das internationale Recht in wahrhaft internationalem Geiste zur Anwendung gelange. In diesem Sinne habe die Kommission auch den Schutzmächten der der Verhandlung Einsicht in die Akten gewährt.

Zur Verhandlung gelangte der Fall in Sitesslund, wo zwei englische Leutnants geflohen und verwundet werden sind. Die Kommission kam hier zu dem Ergebnis, daß keine Verletzung des Völkerrechts vorliege. Die Verhandlungen wurden am Sonnabend fortgesetzt und die Vorfälle in Langensalza erörtert, wo am 27. November v. J. eine Anzahl von Kriegsgefangenen bei einer Schießerei von den Wachmannschaften getötet oder verwundet worden ist. Der Spruch der Kommission erging in diesem Falle dahin, daß eine Verletzung des Völkerrechts gegeben sei.

Neptwalde und Schubin genommen.

Bromberg, 2. Februar. (Amtlich.) **Gestern vormittag wurde Neptwalde genommen; nachmittags wurde Schubin genommen. Es wurden drei Geschütze, mehrere Maschinengewehre und sehr viel Kriegsmaterial erbeutet.**

Die Streiks in England.

tb. Christiania, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sonderberichterstatter der „Tidens Tegn" in London drahtet: Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß bolschewistische Umtriebe hinter einigen der vielen Arbeiterunruhen Englands die treibenden Kräfte sind. Die streikenden Arbeiter in Glasgow verlangen das Einschreiten der Regierung zu ihrem Vorteil und drohen im Weigerungsfalle, an nichtkonstitutionellen Mitteln greifen zu wollen. Die Regierung hat auf die bereits stattfindenden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Fachvereinsleitern hingewiesen und ihren Entschluß, die Ordnung in jedem Falle aufrechterhalten zu wollen, kundgegeben. Belfast ist in der Gewalt der Streikkomitees. In Glasgow haben Unruhen stattgefunden; die Stadt ist ohne Elektrizität, und eine Menge großer Fabriken haben ihre Tätigkeit einstellen müssen. Im Clydedistrikt streiken jetzt etwa 100 000 Mann, während 30- bis 40 000 noch arbeiten.

Internationale Völkerbundskonferenz in Bern.

Eigene Drahtmeldung.

Bern, 2. Februar.

Die folgende Einladung ist heute den Friedens- und Völkerbundsvereinen aller Länder und einer Anzahl Sachverständiger geschickt worden:

Die Hoffnung erscheint berechtigt, daß die nächsten Monate den Anfang der Verwirklichung des Völkerbundes bringen, und wir glauben daher, daß unter diesen Umständen zahlreiche unserer Gesinnungsfreunde aus den verschiedenen Ländern der Welt den Wunsch hegen, sich in einem neutralen Lande zusammenzufinden, um durch eine Kundgebung der Welt zu zeigen, daß der Sinn für Gerechtigkeit und Völkerversöhnung als notwendige Grundlage für die Lebenskraft des Völkerbundes bei allen Nationen in großem Maße lebendig ist. Diesen Wunsch unserer Freunde vorausgesetzt, fühlen wir uns verpflichtet die Initiative zu ergreifen zu einer internationalen Völkerbundskonferenz mit dem oben genannten allgemeinen Zweck, die überties auch Gelegenheit bieten dürfte zu einer gemeinsamen Beratung einiger noch nicht ganz aufgeklärten Probleme wirtschaftlicher Art.

Wir bedrängen uns deshalb Sie einzuladen zur Teilnahme an einer Konferenz für vom 20 bis 27. Februar 1919 in Bern stattfinden soll. Wir empfehlen uns für eine telegraphische Anmeldung an die Adresse: „Völkerbundskonferenz Bernerhof Bern". Wir bitten diejenigen, die dem Plan einer gemeinsamen Kundgebung für den Völkerbund auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Völkerversöhnung zustimmen, aber verhindert sind, nach Bern zu kommen, und bei der Abfage eine motivierte Sympathieerklärung zu senden und uns ihr Gutachten über die zur Diskussion gestellten Probleme bekanntzugeben. Es folgt die Unterschrift von 19 Vereinen, die sich mit den Problemen des Völkerbundes beschäftigen, auch einige Frauenvereinigungen sind darunter.

Deutsch-Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

Wien, 2. Februar. **Die Nationaldemokraten von Wien veranstalteten eine große, eindrucksvolle Kundgebung zugunsten des Anschlusses an Deutschland. In seiner Ansprache vom Balkon des Ministeriums des Aeußern machte Staatssekretär Dr. Bauer folgende Mitteilung:**

Die deutsche Reichsregierung hat uns gestern die Einladung übersandt, einen Bevollmächtigten Deutsch-Oesterreichs für den neuen deutschen Staatenausschuß zu bestellen, der nach dem Entwurf der vorläufigen deutschen Verfassung an die Stelle des bisherigen Bundesrats treten soll. Ich bin überzeugt, daß unser Staatsrat diese Einladung dankbar annehmen wird, und daß wir in naher Zukunft zum ersten Male wieder seit 1866 einen österreichischen Bevollmächtigten im deutschen Bundesrat haben werden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Bedingungen des Verbandes für Rohstofflieferung.

Wie die Waffenstillstandskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spaa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschland verschiedene Angaben finanzieller Art über die deutsche Regierung verlangt werden. So soll der Kassenbestand der deutschen Reichsbank und ihre Bestände an Auslandswechseln und Wertpapieren angegeben werden die an neutralen Plätzen lombardiert werden können. Ebenso werden Angaben gefordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken, sonstiger Institute und von Privatpersonen befinden. Ferner soll berichtet werden, welche gesetzliche Maßnahmen die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger an Depositen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu reaktivieren. Daran anschließen soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr verfügbar sind. Die Billigung der alliierten Regierungen bereitstehen. Die Note bezieht, daß alle technischen Aufklärungen über diese Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen könnten.

Es ist das erste Mal, daß die Alliierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie von einer deutschen Ausfuhr sprechen. Mit anderen Worten, es gewinnt den Anschein, als ob die Entente dem Gedanken einer Aufhebung der Blockade allmählich doch nähertreten zu müssen glaubt. Die Note beweist aber zugleich, daß der Verband für die Werte, die er uns liefern will, unbedingte Sicherheit verlangt, d. h. er will Zahlung nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur durch Arbeit erzeugen können. Was wir brauchen, ist also Arbeit und nochmals Arbeit. Nur so bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe. Und nur dann ist an eine Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu denken. Aber dauernde Streiks und Versuche, die Ausfuhrt der deutschen Schiffe zu verhindern, müßten uns dem Hungertode entgegenführen.

Der Raub unserer Kolonien.

Erklärungen des Grafen Brockdorff-Rantzau. — Berliner Protestkundgebung.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, hat sich gegenüber dem hiesigen Vertreter der „Chicago Daily News" zu der Frage der deutschen Kolonien wie folgt geäußert:

In diesen Tagen wird in Paris das Los über die deutschen Kolonien gewürfelt. Unsere Feinde sind beschäftigt, die deutschen Schutzgebiete, deren sie sich unter dem Bruch internationaler Verträge, unter der Preisgabe wesentlicher Interessen der weißen Rasse bemächtigt haben unter einander zu verteilen. Allerdings unbegreiflicherweise Reutertelegramm meldet sogar, daß Präsident Wilson die Australische Regierung aufgefordert habe ihre Rechtsgründe für die Besetzung der deutschen Kolonien in der Südsee darzulegen.

Deutschland kann nicht zugestehen, daß über sein Eigentum ohne seine Zustimmung verfügt wird. Rechtsgründe für den Raub, die an ihm begangen wird, erkennt es nicht an. Es verlangt, bei der Neuordnung der Herrschaft der weißen Rasse über die tropischen Gebiete und bei der Verteilung ihrer Erzeugnisse zugelassen zu werden.

Der fünfte der vierzehn Punkte Wilsons bezeichnet als Aufgabe des Weltfriedens eine freie, wohlwollende und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, bei der die Interessen der eingeborenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch auf koloniale Souveränität festgestellt werden soll. Während der Pariser Beratungen hat der Präsident lebhaft, wenn wir zutreffend berichtet sind, den Grundsatz vertreten, daß die Kolonien unter eine internationale Kontrolle gestellt werden sollen. Deutschland hat vor Annahme der Waffenstillstandsbedingungen die 14 Punkte Wilsons anerkannt und auch die Entente hat diese Punkte, insbesondere den fünften, ohne jede Einschränkung angenommen. Deutschland geht davon aus, daß der Grundsatz der internationalen Kontrolle auf die Kolonien aller Mächte des europäischen Kulturkreises Anwendung findet.

Zwar hat England versucht, durch ein verleumderisches Blaubuch die deutsche Kolonialverschuld als unerträglich darzustellen; dieser Versuch muß schon an den Tatsachen der ältesten Geschichte Englands über die kolonialatorischen Sünden ihres eigenen Volkes abgelegt haben. Wir Deutschen sind fern davon, leugnen zu wollen, daß in dem knappen Menschenalter, seitdem Deutschland Kolonialpolitik betreibt, Mißgriffe vorgekommen sind; wir behaupten nur, daß sie nicht entfernt an die Verbrechungen heranreichen, die andere kolonisierende Nationen in den Anfängen ihrer Tätigkeit veranlaßt haben. Wir können uns auf eine große Anzahl von Zeugnissen fremder Besucher berufen, die bis kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges die deutsche Verwaltung in den Schutzgebieten gerühmt und als Muster hingestellt haben.

Das deutsche Volk hat seine Befähigung zu kolonisatorischer Arbeit in Asien und Afrika erbracht. Jedenfalls hat es wie jedes andere große Volk Anspruch auf Teilnahme an den Erträgnissen der tropischen Zonen und an der Bewirtschaftung der Gebiete, auf denen sie gewonnen werden. Es würde also auch für den Fall, daß sämtliche Tropenkolonien unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, eine angemessene territoriale Beteiligung an der Verwaltung des gesamten tropischen Kolonialgebietes verlangen.

Wenn Frankreich, England und Belgien nach den Zeitungsberichten über den Gang der Pariser Verhandlungen den Plan verfolgen, die deutschen Kolonien unter sich zu verteilen, so entfernen sie sich damit von den Grundsätzen, auf denen ein Völkerbund im Sinne der Wilsonschen Botschaften errichtet werden kann.

Ganz abgesehen von dem Bruch der Kongoakte würde die Uebereignung der deutschen Kolonien an die Eroberer eine Legitimierung der Gewalt bedeuten, gegen die die Entente angeblich den Krieg geführt hat. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß jedem europäischen Kriege, an dem es beteiligt, eine reiche Ernte an Kolonialbesitz einbeimst, wie ihm das seit zweihundert Jahren regelmäßig gelungen ist. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß Frankreich seine kolonialbesitz, dem es schon jetzt wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch nicht gewachsen ist, immer weiter ausdehnt, um ihn seinen Finanzleuten durch künstliche Absperrung der übrigen Nationen ausschließlich vorzubehalten. Wenn Frankreich Kamerun und Togo erwirbt, so daß die französische und belgische Regierung gemeinsam fast ganz Mittelafrika beherrschen, so wird es sowohl um die Betätigung anderer Völker in diesem reichen Gebiete tropischer Produktion, wie um die Eingeborenen des Gebiets schlecht bestellt sein.

Die natürliche Entwicklung Mittelafrikas drängt zur Internationalisierung. Es ist anzunehmen, daß ein einzige große Kolonie der afrikanischen Rasse, der sogenannte schwarze Gürtel Nordamerikas, künftig in immer engere Beziehungen zu dem Mutterlande der Neuen Welt kommen. Dem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, in welch starkem Maße die Beziehungen des nördlichen Amerikas zu dem westlichen Afrika sich während des Krieges verdichtet haben. Amerikanischer Handel und amerikanische Schiffahrt haben den Platz besetzt, der infolge der kriegerischen Inanspruchnahme europäischer Nationen offen blieb. Es ist nicht einzusehen, weshalb Afrika unter europäische Mächte territorial aufgeteilt werden soll, die seinen anderen Erwerbsarbeit als eine völkerrechtsbrüchige Eroberung für sich geltend machen können, während andere Nationen an der Erschließung der verteilten Gebiete mindestens das gleiche Interesse haben wie sie.

Ein besonders gehässiger Charakter würde der Leitung des Raubes unter Deutschlands Gegner dadurch aufgedrückt werden, daß diese während des Krieges mit unverantwortlicher Schroffheit gegen die deutschen Missionen vorgegangen sind, die sich anerkanntermaßen seit dem Anfang der Kolonisierung Afrikas die größten Verdienste um die Hebung der Eingeborenen erworben haben.

Nicht das ist das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, daß alle Kolonien tropischen Charakters unmittelbar unter eine internationale Regierungsgewalt gestellt werden; vielmehr erscheint auch uns eine